

Vorsitzender: Herr Julian Degen, Universität Erfurt

Geschäftsstelle: Landeshauptstadt Erfurt
Dezernat Wirtschaft und Umwelt
Stabsstelle Nachhaltigkeitsmanagement
Fischmarkt 11, 99084 Erfurt
0361 655-2321

Kontakt: peter.seyfarth@erfurt.de

Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung des Kommunalen Hochschul- und Studierendenbeirates (KHSBR)

Datum: 13.04.2017
Ort: Rathaus Raum 243
Zeit: 16:30 – 17.50 Uhr
Anwesenheit: siehe Anlage

Tagesordnung

Zeit 16:30-17:50

TA:

1. Begrüßung und Feststellung Beschlussfähigkeit
2. Protokollbestätigung
3. Stellungnahme Thema KoWo-Kommission/ Ziel: Einbezug der Hochschulen
4. Stellungnahme zur Gründung eines Vergabebeirates für KiTa- Plätze (z.B. wie in Weimar)
5. (erste) Diskussion Satzungsänderungen und Aufforderung Stadtrat den KHSBR weitergehende Befugnisse oder Ermächtigungen zu geben
6. Gespräch Übernahme Vorsitz KHSBR
7. Sonstiges

TOP 1 Der Vorsitzende eröffnete die Beratung, begrüßte die Teilnehmer und stellte die Beschlussfähigkeit fest; 7 Mitglieder mit Stimmrecht sind anwesend

TOP 2 Protokoll wurde einstimmig ohne Änderungen angenommen

TOP 3 Es lag ein Entwurf des Vorsitzenden zu einer Stellungnahme zur DS 0061/17 "Wohnungspolitik in Erfurt neu ausrichten" vor, die DS 1207/16 als Vorläuferversion war zurückgezogen worden. Dr. Schmidt-Röh merkte an, dass das Studentenwerk bei Wohnfragen für Studierende in die Gespräche generell einbezogen werden sollte.

Es gab eine Untersuchung zur Miethöhen für Studierenden-WE mit folgenden Aussagen:

- 1000 Unterkünfte in Erfurt liegen bei 190 €
- bei Neuvermietung WG-Platz liegen die die Mietkosten höher
- laut einer Orientierung des Studentenwerkes entspricht die Höhe des Bafög (ca. 250 €) dem Wohngeld
preiswert bedeutet Bafög-orientiert

Prof. Heinemeyer unterstützt Inhalt der Stellungnahme und regt an, die Formulierung Wohnort durch Wohnung zu ersetzen sowie die Stellungnahme sprachlich zu überarbeiten. 250 € entsprechen der Warmmiete

Herr Gerken regt an, den Begriff "prekär Beschäftigte" zu streichen und verweist ebenfalls auf eine sprachliche Überarbeitung.

Es gab noch einige Diskussionspunkte zum Thema, zum Beispiel zu Fragen des finanziellen Spielraumes z. B. der Studierenden der IUBH, der aber analog dem der anderen Hochschulen war... oder den Vorschlag, mit anderen Beiräten, z. B. dem Seniorenbeirat Kontakt aufzunehmen und zu sehen, wie dort Vorlagen etc. an den Stadtrat/ die Ausschüsse gebracht werden. Dr. Schmidt-Röh hatte aber letztlich empfohlen, es bei der Stellungnahme zu belassen.

Es wurde vereinbart, diese zu überarbeiten, den Mitgliedern noch einmal zur Kenntnis zu geben. Wenn bis 29.04.2017 keine Einwände durch die Mitglieder erfolgen, gelte die Stellungnahme als beschlossen und wird zum OB/dem Stadtrat gesendet.

TOP 4 Gründung eines Vergabebeirates für KiTa- Plätze

Dr. Schmidt-Röh schildert das Problem mit den Geschwisterkindern. Studierende bringen ihr Kind in die Kita und danach dann das Geschwisterkind – und sind dann selbst keine Studierenden an der Einrichtung mehr. Damit entstünden Probleme dahingehend, dass neu immatrikulierte Studierende keine KiTa-Plätze an der Uni bekommen könnten.

Dazu sollte ein Beirat gegründet werden, der so etwas reguliert. In Weimar gäbe es solch einen Beirat, der sich – so Dr. Schmidt-Röh- bewährt hätte.

Der Vorsitzende unterstützte diese Idee und Dr. Schmidt Röh empfiehlt, den Kontakt zum Jugendamt zu suchen um zu sehen, wie die Vergabe generell geregelt ist. Er verweist darauf, dass die Wahl des Studienortes bei Studierenden und auch bei jungem Wissenschaftlern/Lehrpersonal auch von der Bereitstellung von Kita-Plätzen abhängt.

Wenn da ein Beirat helfend eingreifen könne, wäre das für den Hochschulstandort sehr zum Vorteil.

Reihenfolge:

Zuerst da Gespräch suchen: 3 Hochschulen, 3 Vertreter der StuRa und das Jugendamt

Dr. Schmidt-Röh verweist auf *Stabsstelle Campus-Familie*

https://www.google.de/search?q=campus+familie+tu+ilmnau+oe=&gws_rd=cr,ssl&ei=Jxj2WNy2DMfRwAKwjrX4Bg#spf=1

und orientiert darauf, beim Jugendamt direkt den Amtsleiter und die Verantwortlichen der Abt. KiTa anzusprechen. Je nach Ausgang des Gespräches sollte weiter entschieden werden, wie weiter vorzugehen wäre.

TOP 5 Satzungsänderung

Eingang des TOP wurde die Frage aufgeworfen, dass eine Satzungsänderung helfen könne, den Beirat schlagkräftiger zu machen und eine bessere formal-rechtliche Stellung erreicht werden könne.

Es wurde auf die Satzung verwiesen (§2 (3) verwiesen:

Satzung des Kommunalen Hochschul- und Studierenden-

beirates der Landeshauptstadt Erfurt vom 9. Dezember 2010 Beschluss-Nr. 1352/10 **4.022**

2) Das Informationsrecht des Kommunalen Hochschul- und Studierendenbeirates wird insbesondere dadurch gewährleistet, dass alle in öffentlicher Sitzung zu behandelnden Vorlagen des Stadtrates und seiner Ausschüsse, die die Belange der Erfurter Hochschulen und deren Studierende betreffen, durch den Oberbürgermeister/die Oberbürgermeisterin an den Kommunalen Hochschul- und Studierendenbeirat rechtzeitig übersandt werden. Fehlende Stellungnahmen des Kommunalen Hochschul- und Studierendenbeirates hindern den Stadtrat und seine Ausschüsse nicht an einer Beschlussfassung.

Es solle nachgedacht werden, ob nicht alle öffentlichen Vorlagen in den Beirat kommen können.

(Anmerkung Protokoll:) Seit gut einem Jahr werden alle öffentlichen Vorlagen an den Hochschulbeauftragten gegeben, der dann den Vorsitzenden informiert. Allerdings ist auch da die Kürze der Frist oft hinderlich.

Herr Gerken bemängelt die Teilnahme der Stadt (Anm. sey- Stadtrat), die politische Seite müsste prägnanter sein. Der Beirat wäre auch deshalb gegründet worden, direkt mit den Fraktionen ins Gespräch zu kommen, ohne an Vorlagen gebunden zu sein. Er fragte, wie schon des Öfteren in den Sitzungen des Beirates in den letzten Jahren

geschehen, nach dem Sinn des Beirates. Wenn das Interesse der Kommunalpolitik und der Fraktionen fehle, könnte man die wertvolle Zeit anderweitig nutzen. (Diese Frage wurde in den vergangenen Jahren wiederholt durch mehrere Mitglieder des Beirates aufgemacht)

Herr Seyfarth fragte an, was direkt mit der Formulierung "Stadt" gemeint wäre – die Stadtverwaltung, der Stadtrat bzw. die Fraktionen des Stadtrates. Dies sollte sauber definiert werden!

Dazu wurde noch einmal dezidiert darauf abgestellt, dass sich die politische Seite der Stadt positionieren müsse. Dazu sollte ein Brief an den Oberbürgermeister entworfen werden.

Anmerkung durch Herrn Seyfarth zum Thema:

Der Stadtrat hat dazumal beschlossen, einen Hochschulbeirat in Erfurt zu gründen. Ein solcher Beirat ist nicht zwingend in jeder Kommune einzurichten, im Gegensatz vielleicht zum Ausländerbeirat – der steht in der Hauptsatzung- und außer Ilmenau und Jena gibt es in Thüringen nach Kenntnislage keinen weiteren Hochschulbeiräte.

In Jena allerdings ist er im Sitzungsdienst erfasst und erhält über den Sitzungsdienst auch die Vorlagen des Stadtrates direkt.

http://www.jena.de/de/stadt_verwaltung/stadtrat/politische_gremien/243228

In Erfurt gibt es einen Hochschulbeirat zum Beispiel in der Auflistungen der Gremien überhaupt nicht: <http://ap1742/ai/gr0040.asp>

Es wurde eine Satzung entwickelt, die ebenfalls durch den Stadtrat beschlossen wurde – auch die Trennung zwischen stimmberechtigten und beratenden Mitgliedern.

Danach hätte der Stadtrat eigentlich den Hochschulbeirat allein gelassen, der sich fortan mit sich selbst beschäftigt hat.

Nach Frau Hahn bestimmen die Fraktionen eine verantwortliche Person, die nicht zwingend auch Stadtratsmitglied ist. Die für den KHSBR bestimmten Personen der Fraktionen DIE LINKEN. und Freie Wähler/FDP/Piraten sind allerdings direkt Stadtratsmitglieder!

Dr. Schmidt-Röh möchte Vorsitzenden des Stadtrates einladen und fragen, ob der Beirat noch Sinn macht – weil, der Stadtrat fragt nicht nach der Meinung des Beirates - damit kann dieser auch nicht beratend auftreten.

§2 (4) der Satzung besagt, dass "Der Kommunale Hochschul- und Studierendenbeirat [...] auf Wunsch der Landeshauptstadt Erfurt Stellungnahmen zu Fragen abgeben [soll], die die Belange der Erfurter Hochschulen und deren Studierende betreffen.

Weitere Meinungen dazu:

- Herr Neumann regt an, die Presse als Druckmittel einzubinden und will die Öffentlichkeit/Presse einbeziehen und darstellen, wie wenig die Fraktionen teilnehmen
- Herr Degen möchte den Sachverhalt einer Satzungsänderung nutzen, um Fraktionen zum bindenden teilnehmen "anzuregen", im Moment hindern fehlende Stellungnahmen des KHSBR den Stadtrat nicht an Beschlussfassung.
- Herr Gerken wiederholte die Frage nach der Sinnhaftigkeit des Beirates: "Wenn keine Fraktionen am Tisch sitzen, können wir das lassen". Sein Wunsch: Präsenz der Fraktionen erhöhen!
- Dr. Schmidt-Röh: "...wir sind laut Satzung ein "beratendes Gremium" und sollten auch gehört (gefragt) werden"!
- Prof. Heinemeyer: "wenn wir nicht im Sitzungskalender stehen, werden wir nicht wahrgenommen..."!

- Herr Gerken möchte vom OB hören, welchen Mehrwert der Beirat überhaupt hat. Eigentlich müssten die Fraktionen ja kommen und fragen.
- Frau K. Hahn macht Vorschlag, das Thema über die Koalition Rot-Rot-Grün in den Hauptausschuss zu geben!!!

Es wurde generell als grotesk befunden, dass die Fraktionen laut Satzung Zuarbeit bei Hochschulfragen erwarten, selbst aber nicht teilnehmen

Es wurde nochmals darüber diskutiert, diesen Sachverhalt an die Medien zu geben.

Herr Degen regt an, den Oberbürgermeister und die Fraktionsvorsitzenden einzuladen und gemeinsam die Frage "Sinn oder Unsinn des Kommunalen Hochschul- und Studierendenbeirates" zu diskutieren.

Herr Degen bat, bis 29.04.17 Themen für dieses Gespräch vorzuschlagen und festzulegen

TOP 6 Gespräch zur Übernahme der Funktion des Vorsitzenden des KHSBR

Herr Degen bemerkte zum Status des Vorsitzenden, dass bisher mit Ausnahme von Herr Prof. Brodersen nur Studierende den Vorsitz inne gehabt hätten. Damit wäre ein häufiger Wechsel des Vorsitzenden/Stellvertreter/-in verbunden und wenig Kontinuität in der Arbeit zu verzeichnen:

Anmerkung Protokoll: Der Beirat existiert seit dem 14.04.2011! In der Zeit vom 14.04.2011 bis 09.05.2015 waren Vertreter der Gremien (Prof. Brodersen, PD Dr. Vonken) als Vorsitzende aktiv. Erst danach wurde der Vorsitz wechselnd durch Studierende ausgeführt.

14.04.2011 - 11.12.2012 Prof. Brodersen (Präsident Uni Erfurt)
 11.12.2012 - 09.05.2015 PD Dr. Vonken (MA Uni Erfurt)
 09.05.2015 – 28.04.2016 Herr K. Egert (StuRa FHE)
 28.04.2016 – 24.11.2016 Herr J. Heß (StuRa FHE)
 ab 24.11.2016 Herr Degen (StuRa Uni)

Herr Degen schlägt vor, dass Personen außerhalb der Studierendenschaft den Vorsitz des KHSBR übernehmen sollten, um eine strukturierte und vor allem regelmäßige, kontinuierliche Arbeit zu gewährleisten und spricht direkt Dr. Schmidt-Röh an, den Vorsitz zu übernehmen.

Dieser lehnt dankend ab mit der Begründung, nicht immer in Erfurt zu sein und schon Mitglied im Beirat in Jena zu sein. Seiner Meinung nach wäre ein Vertreter aus den Gremien der Hochschulen besser!"

Herr Degen führte aus, dass es zwar schon Sinn hätte, wenn Studierende den Vorsitz innehaben, da diese oft näher an Problemen dran wären.

Zur Thematik Drucksachen wurde angemerkt, dass auf Drucksachen zu reagieren die eine Seite wäre, besser wäre es aber selbst Drucksachen einzubringen.

Herr Neumann fragte, wie es (Zusammenarbeit der StuRa) in den anderen Hochschulen wäre?

Dazu antwortet Herr Bredemeier: Sieht ein Problem (oder zwei) darin, wer gewählt wird. Wer für die Mitarbeit im KHSBR bestimmt wird, ist nicht vorhersehbar, es gibt auch an der FHE unterschiedliches Interesse bei der Mitarbeit im StuRa.

Herr Kettner sieht ebenfalls Personalprobleme. Interessierte Studierende sind in vielen Themen unterwegs, andere arrangieren sich nicht oder wenig.

Herr Abraham merkt an, dass in der IUBH nach StuRa-Wahl jemand aus dem 1. Semester in den KHSBR entsandt wird – der ist dann für 3 Jahre Mitglied im KHSBR! Das gäbe mehr Kontinuität!

TOP 7 Sonstiges

1) Kriterienkatalog Stadtgarten

Da der Termin zur Neuvergabe verschoben ist, besteht keine Dringlichkeit, aber Hauptpunkte bleiben:

- Zusammenarbeit der SG-Leitung mit den StuRa
- Kostentransparenz

Zwischenfrage von Herr Kettner, an wen sich der Kriterienkatalog richten sollte? – Beantwortet wurde die Frage im Plenum damit, dass sich der Katalog analog der Vergabe der Engelsburg an die Politik richten sollte. Allerdings wurde dabei auf mehr Einbeziehung abgestellt und dass es sinnvoll wäre, ein oder mehrere Studierende (StuRa) aus den Hochschulen in die Jury zur Neuvergabe einzubinden.

Bemerkung Herr Abraham: Die IUBH beteiligt sich nicht am Katalog, sie nutzt den Stadtgarten nicht!

Frau Hahn bemerkte, dass man sehen muss, wer in der Jury sitzt und wie groß diese ist- schon im Vorfeld Zahlen der Entsendeten festzulegen, wäre generell nicht relevant.

Herr Bredemeier fordert eine angemessene Einbindung der StuRa in die Jury, was durch den Vorsitzenden unterstützt wird. Alternativ könnte auch ein Mitglied des KHSBR in die Jury aufgenommen werden.

Anm. sey im Protokoll: Vergleiche Protokoll der 19. Sitzung und die Stellungnahme des KHSBR zur Engelsburg (beigefügt)

Bei der Vergabe der Engelsburg war der Beirat an sich auch nicht eingebunden und Herr Dr. Schmidt-Röh hatte dazumal eingeschätzt, dass die Stellungnahme des StuRa der Universität unzureichend war.

Herr Neumann bezugnehmend auf Aussage Herr Abraham: Wir sollten uns, auch wenn derzeit kein Interesse am Stadtgarten bestünde, nichts verbauen

Herr Gerken: "... besser wäre, wenn man bei der Stadt (Anm. sey: – was meint er mit Stadt) ein Bewusstsein dafür initiieren könnte, dass der Sachverhalt "Hochschulstandort" für die Stadt Erfurt (Anm. sey: als Gebietskörperschaft / als Hochschulstandort) hohe Bedeutung hat.

Herr Gerken betont: Diesmal meint er Stadtverwaltung UND Stadtrat

Bedeutung: Auch Kaufkraft, Beschäftigung – ist nicht unerheblich

DR. Schmidt-Röh: In Jena gibt es Untersuchung dazu- Unterkunft, Kaufkraft und alles was Studierende so verbrauchen entspricht rund 200 Mio. EURO

Frau Hahn zum Stadtgarten: Man müsste ins Detail gehen und konkreter werden
Frage: Wie ist eigentlich eine solche Jury zusammengesetzt, wer entscheidet, ...man sollte in die Satzung aufnehmen, dass der KHSBR in solche Jurys einzubeziehen ist und die Forderungen im Katalog müssten klarer definiert werden

Anmerkung Prof. Heinemeyer: Denkmalbeirat – ist bei Vergabe Denkmalschutzpreis (das ist Landesebene) immer dabei

Dr. Schmidt-Röh nochmal zur Vergabe der Engelsburg und dem Umfeld dazu:
Es gab dort Zusagen, die augenscheinlich nun doch nicht gehalten worden sind

Man müsste einmal einschätzen, was die Engelsburg heute nicht mehr bietet, obwohl es die Aussage gab, alles was die Zusammenarbeit mit Studierenden (Studentenzentrum) betreife, nicht zu verändern – ist das so?

Herr Bredemeier: Es gibt keine Fachschaftsbar mehr, damit entfallen den Fachschaften wichtige Einnahmen.

Herr Gerken: "...in den Ausschreibungsunterlagen stand, dass sich der neue Betreiber mit den Hochschulen austauschen würde – das gab es bis dato nicht!"
Die Uni wird aber Herrn Ben Gut nicht hinterher laufen...

Festlegungen:

- Ben Gut in den KHSBR einladen, Stellung nehmen lassen
- Konkretisierung Forderungskatalog Stadtgarten
- Nachdenken, wie am besten Fraktionen eingeladen werden sollten
Ergebnisse in E-Mailkontakt per 29.04.2017
- 29.04.2017 auch Termin für Bemerkungen Stellungnahme Wohnsituation nach TOP 3

Termine: kein neuer Beratungstermin festgelegt

Julian Degen
Vorsitzender

Peter Seyfarth
Hochschulbeauftragter